

# Durch die Kommunalbrille



**Vor wenigen Monaten gemeinsam gewählt und nun die Inkarnation des politischen Chaos. Neovize und Gusenbauer-Bürochef Andreas Rendl und die neue Pernitzer Bürgermeisterin Silvia Rupprecht.**

## Gusi-Bürochef verursacht politisches Chaos

Mag. Andreas A. Rendl ist, auch im offiziellen Partei-Almanach ersichtlich, der Leiter des Büros von SP-Vorsitzenden Alfred Gusenbauer und seit den letzten Gemeinderatswahlen SPÖ-Obmann und Vizebürgermeister der Gemeinde Pernitz im Bezirk Wiener Neustadt. Wenn sein dortiger Polit-Stil als Indiz für die künftige Strategie der Bundes-SPÖ zu werten ist, dann wird politisches Chaos zur Norm. Die SP-Fraktion von Pernitz hat mit ihrer absoluten Mehrheit im Frühjahr dieses Jahres ihre Kandidatin Silvia Rupprecht zur Bürgermeisterin gewählt, doch hat der Gemeinderat seit seiner Konstituierung keinerlei Entscheidungen mehr getroffen. Auch bei der kürzlich einberufenen Sitzung kamen infolge des zu erwartenden Spaß-Effektes zwar rund 200 Bürger, doch - nur einer von den 12 SPÖ-Gemeinderäten. Alle übrigen schwänzten - ebenso wie Vize und Bürochef Rendl - den Termin, riefen eine pittoreske „Polit-Eiszeit“ in den eigenen Reihen aus und wollten damit die eigene Bürgermeisterin desavouieren. Der einzig erschienene SPO-Gemeinderat („ich kann diese Situation in der SPO nicht mehr mittragen“) hat noch

in dieser denkwürdigen Sitzung sein Mandat zurückgelegt, doch konnten vorher noch - dank einsichtiger ÖVP-Funktionäre - mit seiner Stimme die Punkte der Tagesordnung planmäßig erledigt werden.

Bezeichnendes über den Zustand der SPO-Pernitz seit dem Amtsantritt des Gusi-Büroleiters hatte übrigens auch die verdienstvolle, bisherige SP-Bürgermeisterin zu berichten. Die gesamte SP-Fraktion verweigerte die Teilnahme an ihrer Ehrenbürger-Feier und einige gestanden ein, dass ihnen von der Parteiführung verboten worden sei, der Altbürgermeisterin zur Ehrung auch nur zu gratulieren.

Dass die Bevölkerung der 3.000-Seelen-Gemeinde

empört, enttäuscht und irritiert ist, liegt auf der Hand, doch reicht die Irritation offenbar bereits bis zur Gemeindeaufsicht des Landes. Vizechef Alfred Gehart in einer Presseaussage: „Dass Mehrheitsfraktionen nicht zur Sitzung erscheinen, ist eigenartig...“

## SPÖ-Krise auch in Korneuburg

Auch in der Stadt Korneuburg steht ein prominenter Sozialdemokrat im Mittelpunkt einer veritablen politischen Krise. Nach den aufgezeigten Unregelmäßigkeiten im Zusammenhang mit dem Immobilienfonds der Stadt haben gleich fünf SPO-Gemeinderäte, darunter auch SPO-Obmann Robert Zödl, das Handtuch geworfen. Einer aber blieb als „Wildler“ im Gemeinderat, sodass die SPO im Stadtparlament (19 von 37 Sitzen) gleichzeitig die absolute Mehrheit verlor.

Als Verursacher dieser Entwicklung wird SP-Bürgermeister Wolfgang Peterl geortet, der noch unter SP-Landeschef Karl Schlögl für höhere Weihen vorgesehen war. Heutzutage klingen die Stimmen aus der St. Pöltener SP-Zentrale in Richtung Korneuburg aber vorsichtig abwartend (Karin Kadenbach: „Bin überzeugt, er findet eine gute Lösung“) bis äußerst kri-

tisch, was sich Karl Schlögl wiederum nicht vorstellen will: „Die, die heute für die SPÖ in NÖ verantwortlich sind, habe ich doch entweder selbst vorgeschlagen oder sie sind nur durch meinen freiwilligen Rücktritt in diese Position gekommen“ meint er verwundert.

## Dienstältester Bürgermeister aus SPÖ ausgetreten

Auch in der Gemeinde Pitten im Bezirk Neunkirchen gehen die SPÖ-Wogen hoch.

Dort ist Kurt Schagerer, längst dienender Bürgermeister in Niederösterreich und nach Valentin Deutschmann der zweit-dienstälteste Bürgermeister der Republik Österreich, nach einer mehr als 40jährigen Amtszeit als Gemeindechef von der SPÖ ausgetreten und hat in einem großen Interview mit einer Lokalzeitung mit seiner ehemaligen politischen Heimat im Klartext abgerechnet. Er will von seiner Partei überhaupt nichts mehr wissen und wird in Zukunft, wie er eingesteht „Landeshauptmann Erwin Pröll und die Grünen wählen“.

## Brutale Umfärbung in Graz

Erst seit 28. Oktober gibt es in der Steiermark einen SPÖ-Landeshauptmann, doch die Umfärbung hat bereits ungeahnte Ausmaße erreicht. Innerhalb einer Woche mussten der bisherige Präsident des Landesschulrates, der Chef der Landeskrankenverwaltung und der Vorsitzende der Stromgesellschaft ihre Sessel räumen und wurden von „bekenennenden Sozialdemokraten“ abgelöst.

Auch die Gemeinden und der ländliche Raum bekommen die sozialistische Politik schmerzhaft zu spüren. Städte mit wenig Fläche und vielen Einwohnern bekommen in Zukunft mehr Geld.

Gemeinden, in denen das Verhältnis umgekehrt ist, weniger. Das bringt SPÖ-Bürgermeistern etwas und schadet den VP-Gemeinden. Bürgermeister Gödl aus Zwaring z. B. „Für uns bedeutet das auf einen Schlag rund 30.000 Euro weniger pro Jahr“.